

Schriftführerin:

Frau Karin Klingner, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung**

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.09.2020**

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 3.1 Kompensation der Treibhausgasemissionen aus Flugreisen
Vorlage: 20/SVV/0853
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zur Erledigung

 - 3.2 Fläche für den Sport sichern
Vorlage: 20/SVV/1014
Fraktionen SPD, DIE LINKE
zur Erledigung

 - 3.3 Zusätzliche Außengastronomie auch im Herbst und Winter ermöglichen
Vorlage: 20/SVV/1017
Fraktionen SPD, DIE LINKE
zur Erledigung

 - 3.4 Konzept für das Jagdschloss Stern
Vorlage: 20/SVV/1021
Fraktionen SPD, DIE LINKE
zur Erledigung

- 4 Mitteilungen der Verwaltung**
 - 4.1 Berichterstattung zum Stand der Überlastung der Verwaltung gemäß Beschluss 18/SVV/0780

- 5 Sonstiges**

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.09.2020

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor, diese um den Tagesordnungspunkt (TOP) „Eckdaten der kleinräumigen Bevölkerungsprognose für die Landeshauptstadt Potsdam 2020 bis 2040“ unter Mitteilungen der Verwaltung nach TOP 4.1 sowie unter Sonstiges um den TOP „Garnisonkirche und Rechenzentrum“, auf Wunsch der Fraktion DIE LINKE, zu erweitern.

Weitere Änderungswünsche liegen nicht vor; die so ergänzte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 27. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.09.2020 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**, bei einigen Stimmenthaltungen.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Kompensation der Treibhausgasemissionen aus Flugreisen

Vorlage: 20/SVV/0853

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zur Erledigung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für Dienstreisen des Personals der Landeshauptstadt Potsdam Regelungen zu treffen, dass geprüft wird, ob eine Dienstreise auch durch eine Onlinekonferenz ersetzt werden kann, dass keine Verpflichtung besteht z.B. aus Kostengründen eine Dienstreise mit dem Flugzeug durchzuführen sowie zu regeln, dass Dienstreisen bis 900 km entsprechend des Masterplan 100% Klimaschutz regelmäßig mit der Bahn durchzuführen sind. Für nicht vermeidbare Flugreisen sind zukünftig sowie rückwirkend ab dem 01.01.2020 die Emissionen finanziell durch die Investition in

Treibhausgasminderung zu kompensieren.

Für die kommunalen Unternehmen wird der Oberbürgermeister beauftragt sich als Gesellschaftervertreter für eine ebensolche Kompensationsregelung einzusetzen.

Eingangs wird der Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom Stadtverordneten Dörschel eingebracht.

Herr Jetschmanegg, Leiter des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, erläutert, dass mit der Erstellung der Dienstanweisung Dienstreisen die Vorgaben des Masterplans 100% Klimaschutz eingehalten wurden. Sie beinhalte die klare Fokussierung, nur wenn eine andere Kommunikation nicht möglich ist, könne eine Dienstreise erfolgen. Auch die Kilometer wurden berücksichtigt, d.h. unterhalb von 900 km sind Dienstreisen als Flugreise ausgeschlossen.

Frau Armbruster bedankt sich namens ihrer Fraktion bei der Verwaltung und stellt fest, dass sich mit der Dienstanweisung Dienstreisen ihr Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt habe.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Verwaltung sich Gedanken dazu gemacht habe, was leistbar ist. Er sagt zu, die Dienstanweisung Dienstreisen den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Herr Dörschel hakt bezüglich des Passus *„Für nicht vermeidbare Flugreisen sind zukünftig sowie rückwirkend ... die Emissionen finanziell ... zu kompensieren.“* nach und fragt, ob dazu in der Dienstanweisung eine Regelung getroffen wurde.

Sie haben sich intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt und zur Vermeidung des „Freikaufens“ diesen Passus tatsächlich nicht in der Dienstanweisung Dienstreisen aufgenommen, so Herr Jetschmanegg.

Der Oberbürgermeister fragt abschließend, ob die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag für durch Verwaltungshandeln **erledigt** erklärt; dieses bejaht Frau Armbruster.

zu 3.2 Fläche für den Sport sichern
Vorlage: 20/SVV/1014
Fraktionen SPD, DIE LINKE
zur Erledigung

Herr Keller bringt den Antrag namens der Fraktionen SPD und DIE LINKE ein. Herr Dr. Niekisch fragt nach, ob es eine Chance bzw. Möglichkeiten gebe, die Fläche von der Bundesbahn zu erwerben. Der Oberbürgermeister betont, dass es in diesem Antrag genau darum gehe und bei Auftragserteilung die Möglichkeit geprüft werden müsse.

Herr Dr. Zöllner fragt bezüglich des Auftrages aus dem Jahr 2016, dort eine Sporthalle zu errichten, in welchem Status dieser stehe (Bebauungsplan Nr. 7 „Berliner Straße/Havelseite“, 2. Änderung, Teilbereich Sportplatz). Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, merkt an, dass er momentan keine Antwort diesbezüglich habe.

Herr Keller führt aus, dass laut Investitionsvertrag ein Antrag vom Verein möglich sei. Der Verein müsste die Fläche neu planen und ggf. ältere sich auf dem Gelände im hinteren Bereich befindliche Gebäude weichen. Herr Friederich schließt sich den Ausführungen von Herrn Keller an. Ihre Fraktion unterstütze diesen Antrag, so Frau Armbruster, weitere Investitionen, Bauplanungen seien zu prüfen.

Der Oberbürgermeister verweist auf den Antrag zur Remise und stellt die Frage, wie sehe es mit den Sportflächen aus. Die Verwaltung könne laut Flächennutzungsplan eine Flächenvermehrung nicht mehr herstellen. Sie werden grundsätzlich darüber reden müssen und daher bittet er, bei Anträgen an die Verwaltung, wie zum Beispiel „Suche nach 3 Sportplätzen“ dieses zu Bedenken. Im Anschluss stellt er den Antrag zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt Verhandlungen mit dem BEV (Bundeseisenbahnvermögen) zu führen, um das Gelände in der Berliner Straße 67 zu erwerben. Mit Erwerb der Fläche durch die LHP soll die sportliche Nutzung des Geländes für den Eisenbahner-Sportverein Potsdam e.V., sowie die Realisierung des im B-Plan vorgesehenen Uferwegs gesichert werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.3 Zusätzliche Außengastronomie auch im Herbst und Winter ermöglichen

Vorlage: 20/SVV/1017

Fraktionen SPD, DIE LINKE
zur Erledigung

Frau Dr. Zalfen bringt den Antrag namens der Fraktionen SPD und DIE LINKE in der neuen Fassung vom 15.09.2020 ein.

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, berichtet zum aktuellen Stand, dass sie im Sommer gute Erfahrungen mit den Außengastronomieplätzen gemacht haben. Diese sollten auch weiterhin erhalten bleiben und man könne im Herbst/Winter auf Heißgetränke etc. umstellen.

Zum Ergänzungsantrag der Fraktion CDU erklärt Herr Friederich, dass damit eine Aufschlüsselung der anfallenden Gebühren erbeten werde. Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, verweist darauf, dass ab Mai die Sondernutzungsgebühr, so wie mit den Gastronomen vereinbart, nur für die Flächen berechnet werde, die tatsächlich genutzt werden. Zusätzliche coronabedingte Abstandsflächen werden nicht berechnet.

Wenn keine zusätzlichen Belastungen anfallen, dann verzichten sie auf den Ergänzungsantrag, so Herr Friederich für die Fraktion CDU. Dieser **Ergänzungsantrag** wird damit für **erledigt** erklärt. Der Oberbürgermeister bestätigt, dass der von ihm im Sommer zugesagte Kurs nicht geändert werde.

Im Weiteren bringt der Stadtverordnete Dörschel den **Ergänzungsantrag** der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** mit folgendem Wortlaut ein:

...

Bei den klimaverträglichen Rahmenbedingungen sind insbesondere emissionsfreie „Heizpilz“- Alternativen, wie z.B. Akku-Heizkissen, mit Grünstrom betriebene Infrarot-Halogen-Heizstrahler oder Elektro Heizer zu prüfen.

Nachfolgend bringt der Stadtverordnete Krämer den **Ergänzungsantrag** der **Fraktion DIE LINKE** mit folgendem Wortlaut ein:

...

Gleichzeitig sollte die Anschaffung von technischen Lösungen für den Innenraum, wie etwa Luftfilter, die die Viren aus der Raumluft saugen, bei der Prüfung berücksichtigt werden.

Der Oberbürgermeister gibt zu bedenken, dass die Verwaltung eine Handhabe bezüglich der Außengastronomie habe aber nicht für Innenraumlösungen.

Abstimmung:

Der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird

mit 14 Ja-Stimmen angenommen,
bei einer Nein-Stimme.

Abstimmung:

Der Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE wird

mit 13 Ja-Stimmen angenommen,
bei einer Nein-Stimme
und einer Stimmenthaltung.

Der so ergänzte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie eine Verlängerung der Umwidmung von Parkplätzen und Straßenraum in Restaurantflächen auch im Herbst und Winter möglich ist.

Er wird weiterhin beauftragt, mit den Gastronomiebetreibenden das Gespräch über jahreszeitenbedingte Anpassungen der Angebote und klimaverträgliche Rahmenbedingungen der Außengastronomie zu suchen und sie bei deren Umsetzung zu unterstützen.

Bei den klimaverträglichen Rahmenbedingungen sind insbesondere emissionsfreie „Heizpilz“- Alternativen, wie z.B. Akku-Heizkissen, mit Grünstrom betriebene Infrarot-Halogen-Heizstrahler oder Elektro Heizer zu prüfen.

Gleichzeitig sollte die Anschaffung von technischen Lösungen für den Innenraum, wie etwa Luftfilter, die die Viren aus der Raumluft saugen, bei der Prüfung berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

mit 14 Ja-Stimmen angenommen,
bei einer Stimmenthaltung.

zu 3.4 Konzept für das Jagdschloss Stern

Vorlage: 20/SVV/1021

Fraktionen SPD, DIE LINKE
zur Erledigung

Herr Kümmel, Planungsbüro, erörtert anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigelegt), unter anderem, dass die Stiftung von 5-6 Jahren für die Projektumsetzung ausgehe, die Sanierung Aufgabe der Stiftung sei und diese eine Machbarkeitsstudie angestellt habe. Zur Finanzierung sei die Verwaltung bereit, mit der Stiftung ins Gespräch zu kommen. Herr Keller plädiert, die Bundesmittel nicht verfallen zu lassen, sondern sich zügig auf den Weg zu machen, zwecks Klärung, wie die Kofinanzierung zu Stande komme.

Dr. Scharfenberg betont, dass sie darüber nicht zum ersten Mal diskutieren und es eine Vielzahl von Anläufen gegeben habe. Aus den Ausführungen von Herrn Kümmel habe er vernommen, dass die Stadt sich nicht mehr frage ob, sondern wie sie finanziell unterstützen könne. Er plädiere daher für den Beschluss dieses Antrages.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass man den Antrag so interpretieren könne. Hier sei der Auftrag zu prüfen und ein Konzept zu erstellen. Die Stadt ist nicht Eigentümer des Gebäudes und der bauliche Zustand erfordere eine erhebliche Kreativität für ein entsprechendes Konzept. Gerade in Zeiten von Corona stelle dieses eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Auch sei jetzt, Mitte Oktober, die Zeitschiene der Vorlage des Konzeptes zur Aufnahme von Diskussionen zum Nachtragshaushalt 2020 sehr sportlich.

Herr Kube plädiert abschließend dafür, die Bundesmittel einerseits nicht verfallen und andererseits genau prüfen zu lassen.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten ein Konzept zu erstellen, das eine öffentliche oder teilöffentliche Nutzung des Ensembles des Jagdschlusses Stern einschließlich des Kastellanhauses möglich macht, zum Beispiel für soziale Einrichtungen, Gastronomie oder Vereinsleben.

Der Oberbürgermeister soll weiterhin mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten und dem Land Brandenburg in Verhandlungen über eine Kostenteilung der Kofinanzierung für die zugesagten 2,9 Mio. Euro Bundesmittel aufnehmen. Ziel ist ein realistisches Nutzungs- und Finanzierungskonzept, das notfalls eine Realisierung in einzelnen Schritten ermöglichen soll. Dieses Konzept soll spätestens bis zur Aufnahme der Diskussionen zum Nachtragshaushalt 2020 vorgelegt werden, damit die haushaltsrelevanten Fragen für die LHP im Rahmen der Beschlussfassung zum Nachtragshaushalt beraten werden können.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 4.1 Berichterstattung zum Stand der Überlastung der Verwaltung gemäß
Beschluss 18/SVV/0780**

Herr Jetschmanegg, Leiter des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, erläutert an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) den Krankenstand in der Verwaltung. Im Übrigen seien die Zahlen in der Antwort der Kleinen Anfrage fehlerhaft und werden berichtigt. Im Weiteren zeigt er die Entwicklung 2018/2019 auf; im III. Quartal 2020 seien die Zahlen ähnlich wie in 2019. Sie sehen durch Covid 19 keinen höheren Einfluss und im Haus selbst gebe es keinen konkreten Ausbruch.

Zu den Überlastungsanzeigen führt Herr Jetschmanegg aus, dass eine Dienstvereinbarung dazu erarbeitet werde. Diese befinde sich in Abstimmung mit dem Personalrat und unter Einbindung des Bereichs „Gesunde Verwaltung“. Abschließend verweist er auf die Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Auf die Nachfrage von Herrn Friederich bestätigt Herr Jetschmanegg, dass die Zahlen in der korrigierten Antwort zur Kleinen Anfrage „besser aussehen werden“. Weiterhin möchte Herr Friederich wissen, ob es Schwerpunkt-Fachbereiche mit Überlastungsanzeigen gebe. Diese werde es sicherlich geben, so Herr Jetschmanegg, die Angaben habe er jedoch nicht parat, könne diese aber in die Antwort mit einarbeiten.

**neu Eckdaten der kleinräumigen Bevölkerungsprognose für die
Landeshauptstadt Potsdam 2020 bis 2040**
auf Wunsch Fraktion DIE LINKE

Herr Jetschmanegg, Leiter des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, leitet in das Thema ein. Frau Petermann, Fachbereichsleiterin Verwaltungsmanagement, informiert zu den Grundlagen und Verlauf zur Erstellung der Prognose. An Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt), führt sie zur natürlichen Bevölkerungsbewegung aus, dass die Sterbefälle die Geburten übersteigen und zur Außenwanderung, dass der Zuwachs sich im 1.000-stelligen Bereich befinde. Beide Zahlen zusammgelegt ergeben, dass die Wachstumsgeschwindigkeit abnehme. Im Jahr 2016 seien sie noch von einer größeren Außenwanderung ausgegangen. Im Jahr 2029 werde von 200.000 Einwohnern ausgegangen. Die Stadt wachse insgesamt in allen Stadtteilen. Nach ihrer Prognose werde Corona nur kurzfristige Einfluss haben; die Daten werden im Frühjahr 2021 vorliegen.

Es besteht kein weiterer Diskussionsbedarf, so dass der Bericht zur Kenntnis genommen wird.

Garnisonkirche und Rechenzentrum

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den Beschluss „Inhaltliches und gestalterisches Konzept für den Bereich Garnisonkirche/Rechenzentrum“ und dass im Juni 2020 das Verfahren zur Beschlussfassung vorzulegen war. Im August 2020 kam dann die Verlängerung bis Dezember. Er erbete eine Vorlage möglichst im November 2020 bzw. eine Information, wie der lange Zeitraum überbrückt werden könne.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Vorlage im März 2020 eingebracht wurde und dann coronabedingt erst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03.06.2020 der Beschluss gefasst werden konnte. Der Termin Juni 2020 war von daher nicht haltbar; hier wäre bei der Beschlussfassung ggf. der Termin für die Beschlussvorlage auf Dezember anzupassen gewesen. Er schlage eine Mitteilungsvorlage für den Hauptausschuss im November 2020 vor. Heute könne er mitteilen, dass die Protagonisten im höflichen Umgang miteinander seien und er somit hoffe in diesem Geiste die Vorlage weiter vorbereiten zu können und dementsprechend weiter zu verfahren.

Herr Dr. Scharfenberg befürwortet den Vorschlag, im November 2020 einen Sachstand im Hauptausschuss entgegenzunehmen und sich damit zu befassen. Im Übrigen habe er zwei Vorschläge:

1. Im nächsten Hauptausschuss das Thema „Stadtwerkefest“ auf die Tagesordnung zu setzen und
2. Zum Beschluss „Instrumente zur Begrenzung des Mietenanstiegs in Potsdam“ war das Ergebnis im Mai 2020 vorzulegen; er habe dazu nichts gefunden.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass die Beschlüsse ambitionierte Terminstellungen enthalten. Einerseits werden kurzfristige Termine beschlossen und andererseits habe die Verwaltung erst heute zu den Überlastungsanzeigen berichtet. Vielleicht schaffen sie es in Zukunft, dahin zu kommen, dass die Arbeitsmenge mit dem vorhandenen Personal bewältigt werden kann. Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass es die Rechte und Pflichten der Stadtverordneten seien, die Verwaltung „zu Höchstleistungen zu bringen“. Er bittet um Klärung, wann die Vorlage komme. Der Oberbürgermeister müsse sich zum Stand erkundigen. Im Zusammenhang mit den Fristen verweist er auf das Kastellanhaus, hier sei die Frist von 3 Monaten gesetzt, um ein umfangreiches Konzept zu erarbeiten.

Herr Dr. Niekisch wendet sich an die Hauptausschussmitglieder bezüglich Genesungswünsche für den verunfallten Herrn Exner und bittet um einen kleinen Beitrag für einen Blumenstrauß. Dazu sind die Hauptausschussmitglieder gerne bereit.